

Offener Brief an die Bundes- und Landtagsabgeordnete aus Braunschweig und der Region sowie an den Oberbürgermeister Ulrich Markurth

Sehr geehrte Bundes- und Landtagsabgeordnete aus Braunschweig und der Region, sehr geehrter Oberbürgermeister Markurth,

wir wenden uns an Sie, da uns die Ereignisse in Afghanistan und speziell in Kabul nicht loslassen. Wir sind erschrocken und entsetzt im Angesicht der Bilder und Geschichten, die wir hören und sehen.

Am 16. November 2001 und 22. Dezember 2001 stimmte der dt. Bundestag dafür, sich an „Operation Enduring Freedom“ und damit am Krieg in Afghanistan zu beteiligen. Um die Einsätze zu rechtfertigen, wurde in den damaligen Bundestagsreden – neben dem obligatorischen Verweis auf den Krieg gegen den Terror – auf die Situation der Frauen und Mädchen verwiesen. So sagte Gerhard Schröder damals zur Situation in Afghanistan: *„Die Abwesenheit von demokratisch legitimierter Gewalt hat viel, viel mehr Unschuldige getroffen, hat sie rechtlos gemacht, zumal Frauen und Mädchen“* – und fügt später hinzu: *„Aber das Beispiel Afghanistan zeigt: Nur mithilfe militärischer Gewalt konnte verhindert werden, dass auch in Zukunft Unschuldige unendlich leiden müssen.“*

Wie zynisch müssen diese Worte im August 2021 – nach 20 Jahren Afghanistan-Einsatz – wirken? Vor allem in Anbetracht der Bilder von Menschen, die sich verzweifelt an den Evakuierungsflugzeugen auf dem Kabuler Flughafen festklammern, um den Taliban zu entkommen, bis sie dann in den Tod stürzen. Dass dann auch noch ein Flugzeug aus Deutschland mit Platz für mindestens 114 Menschen nur 7 Menschen evakuierte, weil die anderen nicht auf der Liste standen oder es nicht zum Flughafen geschafft haben, ist einfach beschämend (Quelle: Ramona Lenz | Medico International). Lässt aber auch tief in eine deutsche Behördenmentalität blicken, die Menschen in der Migrationsarbeit leider allzu bekannt ist.

Angesichts solcher Bilder kann man sich nur schämen und die Worte von Mahbouba Seraj, Gründerin des Afghan Women's Network, eine der bekanntesten Frauenrechtler:innen des Landes wiederholen. Sie sagt: *„Schämt Euch. Schande über die ganze Welt für das, was ihr Afghanistan angetan habt. Warum habt Ihr das getan? Waren wir in Euren Händen nichts als ein Spielball? Eigentlich möchte ich gar nicht mehr mit Euch reden. Die Zeit, zu reden, ist vorbei. Wir haben gesprochen, wir haben gefragt, wir haben gefordert. Ihr habt Eure dummen Entscheidungen ohne uns getroffen. Ihr zerstört alles, wofür wir so hart gearbeitet haben. Ihr widert uns an.“* (Quelle: Medico International)

Die Lage in Afghanistan betrifft konkret Menschen, die in Deutschland, in Niedersachsen und hier in Braunschweig leben, die unsere Nachbarn, unsere Arbeitskolleg:innen, unsere Freund:innen und Partner:innen sind. 181.000 Personen umfasst die afghanische Diaspora in Deutschland. Sie haben Familie und Freunde in Afghanistan, um die sie sich sorgen, die sie nicht nachholen durften oder konnten (aufgrund bürokratischer Ungetüme). Jenen Familien in Afghanistan droht dabei besondere Gefahr, sollte herauskommen, dass ihre Familienangehörigen in den „Westen“ geflohen sind.

Schäbig ist in diesem Zusammenhang auch die Lagebewertung, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bis vor kurzem noch in laufenden Verfahren verkündet hat, um die Erteilung des subsidiären Schutzstatus anzuzweifeln: *„In Bezug auf die Zuerkennung subsidiären Schutzes ist einerseits auszuführen, dass die meisten Städte und Provinzen derzeitig kampfflos übergeben werden. Demnach ist doch sehr fraglich, ob die Intensität der Kampfhandlungen und damit die Gefahrendichte tatsächlich zugenommen [hat]“*. (Quelle: RA Myrsini Laaser).

Dem möchten wir nur den Auszug aus dem Bericht einer jungen Studentin aus Kabul entgegenhalten, den sie, ohne ihren Namen nennen zu können, im Guardian veröffentlicht hat. Im November hätte sie ihr Studium an der Universität in Kabul beendet:

„As a woman, I feel like I am the victim of this political war that men started. I felt like I can no longer laugh out loud, I can no longer listen to my favourite songs, I can no longer meet my friends in our favourite cafe, I can no longer wear my favourite yellow dress or pink lipstick. And I can no longer go to my job or finish the university degree that I worked for years to achieve.

I loved doing my nails. Today, as I was on my way home, I glanced at the beauty salon where I used to go for manicures. The shop front, which had been decorated with beautiful pictures of girls, had been whitewashed overnight.

All I could see around me were the fearful and scared faces of women and ugly faces of men who hate women, who do not like women to get educated, work and have freedom. Most devastating to me were the ones who looked happy and made fun of women. Instead of standing by our side, they stand with the Taliban and give them even more power.” (Quelle: Guardian)

Zerstörte Leben scheinen für eine „Gefahrendichte“ nicht zu genügen. Was war nochmal die Rechtfertigung für den Einsatz in Afghanistan?

Übertroffen wird die Schämigkeit nur noch von Kanzlerkandidaten, die im Wettlauf mit der AfD verkünden, dass sich „der Fehler“ von 2015 nicht wiederholen dürfe und damit das Vokabular rechter Diskursverschiebung mittragen.

Ebenso katastrophal ist es, die sich aus der Taliban-Herrschaft ergebenden Fluchtbewegungen, sofern sie nicht gewaltvoll unterdrückt werden – wie bereits jetzt schon am Flughafen in Kabul, wo von den Taliban nur noch „Nicht-Afghanen“ auf den Flugplatz gelassen werden – auf die Nachbarländer abzuwälzen. Nur damit die Menschen dann in irgendwelchen Lagern in Pakistan, Iran oder Tadschikistan „wie Atommüll“ (Margarete Stokowski) entsorgt und vergessen werden, so wie auf Manus oder in Moria. Wenn in diesem Zusammenhang dann noch überlegt wird, die pakistanische Regierung mit Hilfgeldern zu fördern, um sie zur Aufnahme Geflüchteter zu motivieren, wie es die DW-Journalistin Waslat Hasrat-Nazimi berichtet, hat die Absurdität ihr volles Ausmaß erreicht. Nach 20 Jahren Afghanistan-Einsatz gerade die Regierung zu fördern, die wie keine andere die Taliban aus dem Ausland unterstützt und ihnen Rückzugs- und Ausbildungsort gewährt hat, ist niemanden begreiflich zu machen. Enduring Freedom verbleibt als Enduring Leid und Terror.

Wer dann noch den Ausführungen der Taliban zu einer vermeintlichen allgemeinen „Amnestie“, die sie mediengeschult in Kameras raunen, mehr glaubt als den Augenzeugenberichten der Betroffenen vor Ort, glaubt auch an Weihnachtsmänner, die Nichtigkeit des Klimawandels und die Erschaffung von Coronaviren durch Echsenmenschen.

Wir halten es für die humanitäre Pflicht aller Entscheidungsträger:innen dem bisherigen Versagen in Afghanistan kein weiteres hinzuzufügen. Stattdessen muss mit aller Kraft alles dafür getan werden, die humanitäre Katastrophe in Afghanistan zu lindern.

Wir schließen uns daher den Forderungen des Flüchtlingsrates Niedersachsen an und bekräftigen:

An die Bundestagsabgeordneten:

Folgen Sie (zumindest) Günther Beckstein in der Erkenntnis, dass „lieber neun Menschen zu Unrecht Asyl bekommen, als [das] einer zurückgeschickt wird in Folter oder Tod“. Versuchen Sie wenigstens den Fehler zu korrigieren, den der dt. Bundestag bei der Ablehnung des Antrags der GRÜNEN Ende Juni, der nur noch von den LINKEN befürwortet wurde, getätigt hat. Jenen Antrag der eine frühzeitigere, umfassende und entbürokratisierte Evakuierung der afghanischen Ortskräfte ermöglicht hätte.

Luftbrücke jetzt: Die Bundesregierung muss alle Ortskräfte und ihre Familien sofort evakuieren. Darüber hinaus muss die Bundesregierung auch für Frauenrechtler:innen, Menschenrechtsaktivist:innen, Anwäl:innen, Mitarbeiter:innen internationaler Organisationen,

Journalist:innen und alle anderen besonders gefährdeten Personen eine schnelle Aufnahme in Deutschland gewährleisten. Bürokratische Hürden darf es bei diesen Rettungsmaßnahmen nicht geben. Auf Visaverfahren muss in dieser dramatischen Notlage verzichtet werden.

Bleiberecht: Bund und Länder, BAMF und Ausländerbehörden müssen jetzt ein Bleiberecht für diejenigen afghanischen Geflüchteten schaffen, die bereits in Deutschland sind. Bei tausenden bereits in Deutschland lebenden Schutzsuchenden aus Afghanistan hat das BAMF die Asylanträge abgelehnt – obwohl Afghanistan das gefährlichste Land der Welt ist. Mit der Machtübernahme durch die Taliban gilt dies umso mehr. Alle Schutzsuchenden aus Afghanistan brauchen jetzt ein Bleiberecht.

An die Landtagsabgeordneten:

Handeln Sie in bester niedersächsischer Tradition. Als der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht im November 1978 die Bilder der verzweifelten Boat People aus Vietnam sah, erklärte er, dass Niedersachsen auch im Alleingang bereit sei, tausend Geflüchtete aufzunehmen. Knüpfen Sie daran an. Wiederholen Sie 1978, wiederholen Sie 2015 und zeigen Sie, dass Anstand und Humanität nicht vergänglich sind und Sie sich den rechten Diskursverschiebungen aufrecht entgegenstellen.

(Landes-)Aufnahmeprogramm: Es müssen sichere und legale Fluchtwege für afghanische Schutzsuchende geschaffen werden. Die niedersächsische Landesregierung muss sich zum einen gegenüber der Bundesregierung dafür einsetzen, dass flexible Aufnahmeprogramme und Schutzkontingente für afghanische Schutzsuchende eingerichtet werden. Zum anderen muss die Landesregierung auch selbst ein entsprechendes Aufnahmeprogramm auflegen, so wie es Schleswig-Holstein bereits angekündigt hat.

Arbeitsverbote und andere Sanktionen aufheben: Das niedersächsische Innenministerium muss die Ausländerbehörden verpflichten, Arbeitsverbote und andere Sanktionen gegenüber afghanischen Staatsangehörigen – etwa wegen fehlender Mitwirkung bei der Passbeschaffung – vollständig aufzuheben. Da Abschiebungen nach Afghanistan faktisch unmöglich sind, darf Afghan:innen nicht mehr vorgeworfen werden, dass ihr (vermeintliches) (Fehl)Verhalten dafür ursächlich sei, dass sie nicht abgeschoben werden können.

An den Oberbürgermeister:

Auch Braunschweig muss als solidarische Stadt aktiv werden. Es reicht nicht, sich nur „Koordinierungsstelle der sicheren Häfen in Niedersachsen“ zu nennen. Dem müssen auch Taten folgen, um in Bündnis mit den anderen niedersächsischen Städten dafür zu sorgen, dass die o.g. Forderungen auch umgesetzt werden. Solidarität beginnt noch immer in den Städten und Kommunen, da wo die Menschen miteinander leben und einander begegnen. Der Corona-Krisenstab der Stadt hat gezeigt, wie effektives und abgestimmtes Handeln aussehen kann. Jetzt braucht es einen Afghanistan-Krisenstab der Stadt, um noch vor den Wahlen die Aufnahmebereitschaft der niedersächsischen Kommunen zu koordinieren und gebündelt deutlich zu machen. Zeigen Sie als unser Bürgermeister, dass diesem Land nicht jedes Rückgrat völlig abhandengekommen ist.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr REFUGIUM Flüchtlingshilfe e.V.



REFUGIUM
Flüchtlingshilfe e.V.